

Frauenpensionen: VP-Front gegen höheres Alter bröckelt

Herbert Paiarl, steirischer VP-Landesrat, hält – anders als seine Parteikollegen – eine Vorverlegung der Angleichung von Frauen- und Männerpensionsalter für diskutabel. Unter Druck kommt das niedrige Frauenpensionsalter auch durch EU-Recht.

WIEN / BARCELONA (red.). Nach der reflexartigen Ablehnung einer baldigen Angleichung des Pensionsalters von Mann und Frau durch beide Regierungsparteien kommt nun doch Bewegung in die Front. Herbert Paiarl, steirischer VP-Landesrat, lehnt im „Presse“-Gespräch ein rasches Nein zum Expertenvorschlag ab, beginnend im Jahr 2005 und nicht erst 2019 das niedrigere Frauenpensionsalter zu erhöhen.

Paiarl hält den Vorschlag für „nicht ganz falsch“, nur dürfe der keine Einzelmaßnahme bleiben: Zugleich müßte es ein Gleichberechtigungspaket geben, mit Entlohnung für die Hausarbeit und einer Angleichung der Einkommen.

Massiver Druck in Richtung Anhebung des Frauenpensionsalters könnte bald auch aus EU-rechtlichen Gründen entstehen. Experten halten die auf die Jahre bis 2033 verteilte Angleichung für zu spät. Eine EU-Richtlinie über die schrittweise Verwirklichung der Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit gestattet zwar die vorübergehende Beibehaltung eines ungleichen Pensionsalters. Sie verlangt aber von den Mitgliedstaaten eine regelmäßige Überprüfung, ob die Ungleichbehandlung sozial noch gerechtfertigt ist.

Vor Druck durch EU-Gericht

Theodor Tomandl, Leiter der Pensionsreformkommission, meint, das niedrigere Pensionsalter für Frauen würde vor dem EU-Gerichtshof in Luxemburg nicht halten. Der Oberste Gerichtshof, der sich im Dezember mit dieser Frage beschäftigt hat, hielt einen Antrag auf Vorabentscheidung zwar nicht für nötig. Dabei betonte er allerdings, daß er „derzeit“ keine Bedenken gegen das ungleiche Pensionsalter habe. Bisher hätten weder die EU-Kommission noch der

EuGH die momentane Ungleichbehandlung kritisiert.

Im Vergleich zur übrigen EU erfolgt die Angleichung allerdings erst sehr spät, sodaß Österreich immer stärker unter Rechtfertigungsdruck kommt. Die Argumentation wird nicht einfach: Wie der Sozialwissenschaftler Bernd Marin in der „Presse“ erläutert, gibt das niedrigere Frauenpensionsalter vor, einen Ausgleich für Benachteiligungen zu bieten, obwohl diese just durch den früheren Ruhestand mitverursacht werden.

Beim EU-Gipfel in Barcelona haben die 15 Staats- und Regierungschefs indes beschlossen, daß die EU-Bürger künftig fünf Jahre länger als bisher arbeiten müssen. Wie der Beschluß konkret umgesetzt werden soll, blieb vorerst offen. Bundeskanzler Schüssel jedenfalls erklärte nach dem Gipfel, daß er in Österreich derzeit keinen gesetzlichen Anpassungsbedarf sieht, und verwies auf die bereits erfolgte Anhebung des Frühpensionsalters.

Marin-Gastkommentar Seite 2

Paiarl-Interview Seite 7

EU-Gipfel Seite 8

EuGH und Pensionsalter Seite 9